

Unternehmenssituation der EnBW AG

Der Jahresabschluss der EnBW AG ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), unter Berücksichtigung der Änderungen des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG), des Aktiengesetzes (AktG) und des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) aufgestellt. Es gelten die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften.

Der von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüfte Jahresabschluss sowie der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasste Lagebericht der EnBW AG werden im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Für Aussagen, die zum Verständnis der Unternehmenssituation der EnBW AG notwendig sind und die nicht im folgenden Teil explizit enthalten sind, insbesondere zur Strategie und zu den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, verweisen wir auf die Ausführungen zum EnBW-Konzern [\[PDF\]](#) Seite 24 ff. und 49 ff.].

Für die EnBW AG ist der Jahresüberschuss als Basis der Dividendenfähigkeit wesentlicher Leistungsindikator.

Der vollständige Jahresabschluss der EnBW AG steht als Download zur Verfügung [\[PDF\]](http://www.enbw.com/bericht2017-downloads) www.enbw.com/bericht2017-downloads].

Ertragslage der EnBW AG

Kurzfassung der Gewinn- und Verlustrechnung der EnBW AG

in Mio. € ¹	2017	2016	Veränderung in %
Umsatzerlöse	16.734,6	16.288,5	2,7
Materialaufwand	-15.969,4	-15.513,0	2,9
Abschreibungen	-436,4	-591,4	-26,2
Sonstiges Betriebsergebnis	1.228,7	131,8	-
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	1.557,5	315,9	-
Finanzergebnis	673,9	-532,5	-
Steuern	-241,7	-15,3	-
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.989,7	-231,9	-

¹ Nach deutschem Handelsrecht.

Die EnBW AG weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.989,7 Mio.€ aus. Der deutliche Anstieg im Vergleich zum Vorjahr wird maßgeblich durch das um 1.241,6 Mio.€ bessere Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit sowie den Anstieg des Finanzergebnisses um 1.206,4 Mio.€ verursacht.

Das operative Ergebnis der EnBW AG wird im Wesentlichen von den erwirtschafteten Umsatzerlösen aus dem Strom- und Gasabsatz sowie dem damit verbundenen Materialaufwand bestimmt.

In dem Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit steht den um 446,1 Mio.€ gestiegenen Umsatzerlösen ein korrespondierender Anstieg des Materialaufwands um 456,4 Mio.€ gegenüber.

Die Umsatzerlöse (nach Abzug der Strom- und Energiesteuern) in Höhe von 16.734,6 Mio.€ beinhalten im Wesentlichen Erlöse aus dem Stromabsatz in Höhe von 8.399,1 Mio.€ sowie aus dem Gasabsatz in Höhe von 7.449,0 Mio.€. Der Strom- und Gasabsatz umfasst sowohl Vertriebsaktivitäten in Form der direkten Belieferung von Endkunden mit Energie als auch das Handels-

geschäft mit Lieferungen an Handelspartner und an Börsenplätzen.

Aus den Vertriebstätigkeiten entfallen 1.854,9 Mio.€ auf Strom und 209,2 Mio.€ auf Gas, was insgesamt einem Rückgang um 112,4 Mio.€ entspricht.


Im Privat- und Endkundenbereich (B2C) blieb der Stromabsatz aus Vertriebstätigkeiten mit 7,2 Mrd.kWh um 0,1 Mrd.kWh leicht unter Vorjahresniveau, was sich auch im Rückgang der Umsatzerlöse widerspiegelt. Der Gasabsatz erreichte im selben Zeitraum mit 3,8 Mrd.kWh das Vorjahresniveau, während die Umsatzerlöse zurückgingen, insbesondere auch aufgrund einer Preisanpassung zum 1. Oktober 2016, die im Geschäftsjahr erstmals volle Wirkung entfaltet.

Das Handelsgeschäft wurde insbesondere durch den Anstieg der Handelsmenge Gas positiv beeinflusst, der im Wesentlichen auf die erhöhten Abnahmemengen der Gasversorgung Süddeutschland GmbH zurückzuführen ist. Dieser führt im Wesentlichen zu dem deutlichen Anstieg der Umsatzerlöse

um 663,4 Mio.€, der durch den korrespondierenden Anstieg des Materialaufwands um 662,8 Mio.€ nahezu ausgeglichen wird. Die Umsatzerlöse aus dem Handelsgeschäft Strom waren im selben Zeitraum leicht rückläufig. Die angestiegenen Handelsmengen wurden durch niedrigere Großhandelsmarktpreise überkompensiert.

Im Materialaufwand sind Aufwendungen für Strombezug in Höhe von 6.529,3 Mio.€ und Aufwendungen für Gasbezug in Höhe von 7.294,8 Mio.€ enthalten.

In den Abschreibungen sind neben den planmäßigen auch außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 100,4 Mio.€ enthalten.

Der deutliche Anstieg des sonstigen Betriebsergebnisses wird maßgeblich durch den positiven Einmaleffekt des auf die EnBW AG entfallenden Anteils der Rückerstattung der für verfassungswidrig erklärten  Kernbrennstoffsteuer (inklusive Prozesszinsersetzung) in Höhe von 1.340,0 Mio.€ für die Jahre 2011 bis 2016 verursacht.

Die positive Entwicklung des Finanzergebnisses ist im Wesentlichen beeinflusst durch einen Anstieg der Erträge aus Gewinnabführungsverträgen um 410,0 Mio.€, die im Wesentlichen den positiven Einmaleffekt aus der Rückerstattung der für verfassungswidrig erklärten Kernbrennstoffsteuer an eine Tochtergesellschaft in Höhe von 180,8 Mio.€ beinhalten. Des Weiteren wurden um 282,3 Mio.€ höhere Fondserträge im Vergleich zum Vorjahr vereinnahmt. Der Rückgang des Zinsaufwands für kerntechnische Rückstellungen um 316,0 Mio.€ ist Folge der Übertragung der Verpflichtungen für die Zwischen- und Endlagerung der radioaktiven Abfälle und der somit deutlich niedrigeren Abzinsungsbasis im Vergleich zum Vorjahr. Der um 152,1 Mio.€ niedrigere Zinsaufwand für Personalrückstellungen resultiert im Wesentlichen aus positiven Bewertungseffekten innerhalb des Contractual Trust Arrangements (CTA) zum Stichtag.

Der Steueraufwand betrug im Geschäftsjahr 241,7 Mio.€, was einem Anstieg um 226,4 Mio.€ entspricht. Die Steuern beinhalten im Wesentlichen laufenden Körperschaft- und Gewerbesteueraufwand. Vom Bilanzierungswahlrecht bei aktivem Überhang von Steuerlatenzen wurde kein Gebrauch gemacht.

Vermögenslage der EnBW AG

Bilanz der EnBW AG

in Mio. € ¹	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung in %
Aktiva			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	762,2	930,7	-18,1
Sachanlagen	1.385,3	1.315,8	5,3
Finanzanlagen	19.558,1	20.017,6	-2,3
	21.705,6	22.264,1	-2,5
Umlaufvermögen			
Vorräte	594,9	559,0	6,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.123,1	3.297,2	-5,3
Wertpapiere	114,3	1.466,9	-92,2
Flüssige Mittel	1.655,7	2.884,9	-42,6
	5.488,0	8.208,0	-33,1
Rechnungsabgrenzungsposten	545,0	285,6	90,8
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	266,1	144,2	84,5
	28.004,7	30.901,9	-9,4
Passiva			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	708,1	708,1	0,0
Eigene Anteile	-14,7	-14,7	0,0
Ausgegebenes Kapital	(693,4)	(693,4)	(0,0)
Kapitalrücklage	776,0	776,0	0,0
Gewinnrücklagen	2.124,5	1.161,5	82,9
Bilanzgewinn	963,2	-63,5	-
	4.557,1	2.567,4	77,5
Sonderposten	23,6	21,6	9,3
Rückstellungen	10.965,9	13.751,0	-20,3
Verbindlichkeiten	12.044,4	14.300,0	-15,8
Rechnungsabgrenzungsposten	413,7	261,9	58,0
	28.004,7	30.901,9	-9,4

¹ Nach deutschem Handelsrecht.

Die Vermögenslage der EnBW AG zum 31. Dezember 2017 wird maßgeblich von ihrem Anlagevermögen, insbesondere den Finanzanlagen, ihren Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen sowie den flüssigen Mitteln bestimmt. Dem gegenüber stehen im Wesentlichen langfristige Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen aus dem Kernenergiebereich sowie für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Die wesentlichen Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich aus der Umsetzung des Gesetzespakets zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung als Umsetzung der Empfehlungen, der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Jahr 2015 eingerichteten Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs. Die EnBW AG leistete fristgerecht am ersten Werktag nach dem 1. Juli 2017 (3. Juli 2017)

die Zahlung des zugewiesenen Gesamtbetrags in Höhe von 4,8 Mrd.€ für den EnBW-Konzern an den Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung (Entsorgungsfonds). Damit wurde die Finanzierungslast für Transport, Zwischen- und Endlagerung der radioaktiven Abfälle an den deutschen Staat übertragen. Aus der Übertragung dieser Verpflichtungen resultiert im Wesentlichen sowohl der Rückgang der Rückstellungen um 2.785,1 Mio.€ als auch der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 1.178,5 Mio.€, da die EnBW AG die Zahlungen für ihre Tochtergesellschaften TWS Kernkraft GmbH in Höhe von 916,6 Mio.€ und die Kernkraftwerke Obrigheim GmbH in Höhe von 420,2 Mio.€ geleistet hat. Zur Vorbereitung der Zahlung an den Entsorgungsfonds wurden im Geschäftsjahr Wertpapiere des Anlage- und Umlaufvermögens veräußert, was den Rückgang in den genannten Positionen um

1.356,7 Mio. € und 1.352,6 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr verursacht.

Das Finanzanlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 13.021,4 Mio. €, Wertpapiere des Anlagevermögens in Höhe von 2.751,8 Mio. € und Beteiligungen in Höhe von 1.916,5 Mio. €. Der Rückgang des Finanzanlagevermögens um 459,5 Mio. € beinhaltet hierbei die Wertpapierabgänge. Gegenläufig wirkt der Anstieg der Anteile an verbundenen Unternehmen um 293,9 Mio. € im Wesentlichen aufgrund von Zuzahlungen in die Kapitalrücklage bei der EnBW Offshore 3 GmbH in Höhe von 191,8 Mio. €. Zum anderen erhöhten sich die Ausleihungen an verbundene Unternehmen um 162,1 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr.


Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.371,4 Mio. € beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus der Handelstätigkeit und Verbrauchsabgrenzungen für noch nicht in Rechnung gestellte Strom- und Gaslieferungen. Diese liegen um 163,8 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Die flüssigen Mittel der EnBW AG in Höhe von 1.655,7 Mio. € bestehen im Wesentlichen aus Guthaben bei Kreditinstituten, die in Höhe von 1.526,2 Mio. € als Termingelder angelegt sind. Nähere Erläuterungen zur Entwicklung dieser Position werden unter „Finanzlage der EnBW AG“ beschrieben.

Bei der EnBW AG sind Rückstellungen aus dem Kernenergiebereich in Höhe von 3.741,4 Mio. € erfasst, die auf Basis öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen und Auflagen in den Betriebsgenehmigungen gebildet werden. Des Weiteren sind Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 4.264,0 Mio. € aus der Zusage betrieblicher Altersversorgung sowie sonstiger Betriebsvereinbarungen der wesentlichen Tochtergesellschaften und der EnBW AG gebündelt. Die hieraus resultierenden jährlichen Aufwendungen für die Altersversorgung werden von den jeweiligen Tochtergesellschaften vergütet. Der Anstieg der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen um 312,1 Mio. € wird, wie im Vorjahr, im Wesentlichen durch den Effekt des weiter gesunkenen Abzinsungssatzes verursacht.

Von den Verbindlichkeiten in Höhe von 12.044,4 Mio. € haben 6.095,1 Mio. € eine Restlaufzeit von über einem Jahr. Insgesamt 8.333,2 Mio. € bestehen gegenüber verbundenen Unternehmen und resultieren im Wesentlichen aus dem konzerninternen Verrechnungsverkehr im Rahmen des zentralen Finanz- und Liquiditätsmanagements sowie Darlehensbeziehungen.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten um insgesamt 2.255,6 Mio. € resultiert sowohl aus der Rückzahlung einer Hybridanleihe in Höhe von 1.000,0 Mio. € als auch aus dem Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 1.178,5 Mio. €. Dieser Rückgang beinhaltet die geleisteten Zahlungen an den Entsorgungsfonds für Tochtergesellschaften in Höhe von 1.336,8 Mio. €.

Die langfristigen Verbindlichkeiten bestehen in Höhe von 2.199,3 Mio. € gegenüber der EnBW International Finance B.V. im Rahmen des  Debt-Issuance-Programms (DIP), in Höhe von

1.992,6 Mio. € aus der Begebung von drei Hybridanleihen und in Höhe von 738,6 Mio. € aus Darlehen gegenüber Kreditinstituten.


Den langfristigen Rückstellungen aus dem Kernenergiebereich sowie für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 7.493,4 Mio. € stehen insbesondere Anteile an Investmentvermögen gegenüber, die in den Wertpapieren des Anlagevermögens ausgewiesen sind. Dieser Mischfonds mit dem Anlageschwerpunkt Euroländer investiert im Wesentlichen direkt oder indirekt in festverzinsliche Wertpapiere und Aktien. Außerdem hält die EnBW AG Anteile an einer Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (SICAV), in dem Infrastrukturfonds gebündelt sind. Den langfristigen Verpflichtungen stehen des Weiteren direkt gehaltene fest- und variabel verzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens sowie sonstige Beteiligungen gegenüber, die zum Bilanzstichtag einen Buchwert in Höhe von insgesamt 1.579,7 Mio. € ausweisen.

Ziel ist, die langfristigen Pensions- und Kernenergie Rückstellungen innerhalb eines ökonomisch sinnvollen Zeitraums durch entsprechende Finanzanlagen zu decken. Insgesamt steht dem Anlagevermögen in Höhe von 21.705,6 Mio. € langfristiges Fremdkapital in Höhe von 13.588,5 Mio. € gegenüber.

Die Liquidität der EnBW AG zum Bilanzstichtag stellt die Zahlungsfähigkeit für die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus dem operativen Geschäftsbetrieb sicher.


Finanzlage der EnBW AG

Die Liquidität der EnBW AG hat sich von 2.884,9 Mio. € um 1.229,2 Mio. € auf 1.655,7 Mio. € im Vergleich zum Vorjahresstichtag verringert.

Grundsätzlich resultieren die Zahlungsströme der EnBW AG im Wesentlichen sowohl aus dem eigenen operativen Geschäft als auch aus dem ihrer Tochtergesellschaften, die im Rahmen der zentralen Finanz- und Liquiditätssteuerung am konzerninternen  Cashpooling teilnehmen und dadurch Aus- beziehungsweise Einzahlungen über die Bankkonten der EnBW AG ausgleichen.

Im Folgenden werden wesentliche Geschäftsvorfälle zusammengefasst, die Auswirkungen auf die Finanzlage der EnBW AG im Geschäftsjahr hatten:


Wesentlichster liquiditätswirksamer Geschäftsvorfall im Geschäftsjahr war die fristgerechte Zahlung der EnBW AG an den Entsorgungsfonds in Höhe von 4,8 Mrd. €, die damit die Finanzierungslast für die Zwischen- und Endlagerung der radioaktiven Abfälle an den deutschen Staat übertragen hat.

Gegenläufig wirkte die Rückerstattung der für verfassungswidrig erklärten  Kernbrennstoffsteuer bei der EnBW AG in Höhe von insgesamt 1.520,8 Mio. €.

Die Wertpapierverkäufe aus dem Anlage- und Umlaufvermögen, vor dem Hintergrund der Zahlung an den Entsorgungsfonds, führten zu einem weiteren Mittelzufluss in Höhe von insgesamt 2.150,0 Mio. €. Des Weiteren sind in den Veränderungen der Finanzanlagen Anteilsscheinrückgaben im Fondsvermögen in


Höhe von 700,0 Mio.€ und der Verkauf von Anteilen an einer Tochtergesellschaft in Höhe von 216,9 Mio.€ enthalten, die ebenfalls liquiditätserhöhend wirken.

Die EnBW AG vereinnahmte im Geschäftsjahr Ertragsteuererstattungen für Vorjahre (inklusive darauf anfallender Zinsen) in Höhe von insgesamt 403,4 Mio.€.

Die Kündigung des  Cashpoolings für das EEG-Konto der Tochtergesellschaft TransnetBW GmbH führte zu einem Mittelabfluss im Jahresverlauf in Höhe von 407,5 Mio.€.

Des Weiteren wurde im Geschäftsjahr die 2011 begebene und 2012 aufgestockte Hybridanleihe in Höhe von 1.000,0 Mio.€ zum erstmöglichen Termin gekündigt und zurückbezahlt.

Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage der EnBW AG und Entwicklung der EnBW AG

Die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der EnBW AG zum 31. Dezember 2017 beurteilen wir unter Berücksichtigung der nachfolgend beschriebenen nicht steuerungsrelevanten Effekte als zufriedenstellend. Im Vorjahr wurde für das Jahr 2017 ein Jahresüberschuss in Höhe von 250 Mio.€ erwartet. Der Jahresüberschuss 2017 beläuft sich auf 1.989,7 Mio.€ und ist maßgeblich durch nicht steuerungsrelevante Effekte beeinflusst, die sowohl bei der EnBW AG selbst als auch bei Tochtergesellschaften aufgetreten sind und sich über Ergebnis- beziehungsweise Gewinnabführungsverträge auf die EnBW AG ausgewirkt haben. Wesentlicher nicht steuerungsrelevanter Effekt war die Rückerstattung der im Juli 2017 für verfassungswidrig erklärten  Kernbrennstoffsteuer in Höhe von 1.520,8 Mio.€ (davon im sonstigen Betriebsergebnis der EnBW AG 1.340,0 Mio.€). Des Weiteren wirkten Fondsausschüttungen in Höhe von 364,0 Mio.€, Erträge aus Anteilsscheinrückgaben im Fondsvermögen in Höhe von 218,4 Mio.€ sowie Zuschreibungen im Sach- und Finanzanlagevermögen in Höhe von 322,9 Mio.€ positiv.


Gegenläufig wirkten die höheren Zinsaufwendungen bei Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen und bei Rückstellungen im Kernenergiebereich in Höhe von insgesamt 434,7 Mio.€ (davon im Zinsaufwand der EnBW AG 365,7 Mio.€). Des Weiteren wirkten Zuführungen zu Rückstellungen im Kernenergiebereich in Höhe von 159,2 Mio.€ (davon im Materialaufwand der EnBW AG 121,4 Mio.€) sowie außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen bei der EnBW AG in Höhe von insgesamt 100,4 Mio.€ negativ.

Ausgehend von dem Jahresüberschuss in Höhe von 1.989,7 Mio.€ und unter Berücksichtigung des Verlustvortrags in Höhe von 63,5 Mio.€ sowie der Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen in Höhe von 963,0 Mio.€ ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 963,2 Mio.€.

Für das Jahr 2018 erwarten wir einen Jahresfehlbetrag in der Größenordnung von 400 Mio.€. Das Jahresergebnis wird durch

hohe Zinsaufwendungen für langfristige Rückstellungen negativ beeinflusst. Aufgrund der Niedrigzinsphase wird der Durchschnittszins in Zukunft weiter sinken. Für das Jahr 2018 rechnen wir insgesamt mit einer Ergebnisbelastung von etwa 600 Mio.€ bis 700 Mio.€ durch nicht steuerungsrelevante Effekte. Bereinigt um diese Effekte wird der Jahresüberschuss zwischen 200 Mio.€ und 300 Mio.€ betragen. Der ausschüttungsgespernte Betrag aus der Bewertung der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen wird zum 31. Dezember 2018 rund 800 Mio.€ betragen. Für die Jahre 2019 und 2020 rechnen wir mit weiteren Ergebnisbelastungen aus dem sinkenden Durchschnittszins.



Chancen und Risiken





Die Lageberichte des EnBW-Konzerns und der EnBW AG werden zusammengefasst, da der Geschäftsverlauf, die wirtschaftliche Lage und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der EnBW AG nicht vom Geschäftsverlauf, von der wirtschaftlichen Lage und von den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des EnBW-Konzerns abweichen ( Seite 91 ff.).

Anmerkungen zur Berichtsweise

Der Konzernabschluss der EnBW AG wird entsprechend § 315e Abs. 1 HGB zu den am Bilanzstichtag verpflichtend in der Europäischen Union anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB) aufgestellt. Die EnBW AG, als vertikal integriertes Energieunternehmen im Sinne des EnWG, übt andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors, andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors und andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors nach § 6b Abs. 3 Satz 3 und Satz 4 EnWG aus.

EnBW-Aktie und Dividendenpolitik

Aufgrund des geringen Streubesitzes der EnBW-Aktie ( www.enbw.com/aktionaersstruktur) haben die Finanzmarktgeschehnisse beziehungsweise die Entwicklung des DAX in der Regel nur einen geringen Einfluss auf den Kursverlauf der EnBW-Aktie. Die EnBW-Aktie startete mit 20,00€ in das Jahr 2017 und lag dann zum Jahresende bei 28,78€ ( www.enbw.com/aktienchart).

Das Vertrauen der Kapitalmarktteilnehmer in die EnBW basiert auf den vom Unternehmen geschaffenen Werten. Vor diesem Hintergrund verfolgt die EnBW grundsätzlich das Ziel, in jedem Geschäftsjahr eine positive  Innenfinanzierungskraft auszuweisen und keine zusätzlichen  Nettofinanzschulden aufzubauen. Die Höhe der Dividende orientiert sich an der Höhe der  Nettoinvestitionen und dem  Retained Cashflow. Ausgehend von dem Jahresüberschuss der EnBW AG in Höhe von 1.989,7 Mio.€ und unter Berücksichtigung des Verlustvortrags in Höhe von 63,5 Mio.€ sowie der Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen in Höhe von 963,0 Mio.€ ergibt sich für das Geschäftsjahr ein Bilanzgewinn in Höhe von 963,2 Mio.€, somit erfolgt für das Geschäftsjahr 2017 eine Dividendenzahlung. Die auszuschüttende Höhe je Dividende wird für das Geschäftsjahr 2017 bei entsprechendem Beschluss durch die Hauptversammlung 0,50€ betragen.